

Habecks plötzliche Förderstopps – und wie sie die Energiewende blockieren

Welt, 09.08.2024, Daniel Wetzel, Michael Fabricius, Philipp Vetter

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus252874140/Immobilien-Habecks-Foerderstopps-so-blockieren-sie-die-Energiewende.html>

Kurzfristig und überraschend kürzt das Wirtschaftsministerium die Förderung von Energieberatern. Der Bund macht gern üppige Finanztöpfe auf, um sie urplötzlich wieder zu schließen. Das Vorgehen scheint Methode zu haben. Für Verbraucher hat sie immer wieder ärgerliche Folgen.

Die Forderung des Industrielobbyisten an die Politik fiel ungewöhnlich bescheiden aus. Dabei war die Lage desaströs. Doch der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Heizungsindustrie (BDH) wünschte sich nach der Vorlage einer verheerenden Halbzeitbilanz in der vergangenen Woche von der Politik keine neuen Subventionen, kein Aufstocken von Fördertöpfen, keine Abwrackprämien oder Austauschpflichten.

BDH-Hauptgeschäftsführer Markus Staudt wünschte sich von der Politik nur noch eins: ein kleines bisschen Planungssicherheit. Dabei war die politisch hochpriorisierte Wärmewende mit dem drastischen Einbruch der Heizungsverkäufe im ersten Halbjahr 2024 praktisch zum Erliegen gekommen.

Der Bund könnte jetzt nur noch „ein Signal des Vertrauens an die Bürger und Bürgerinnen senden“, sagte Staudt der WELT: Die Politik könne zum Beispiel „die Öffentlichkeit besser über Heizungsmodernisierung und die Fördermöglichkeiten informieren“.

So bescheiden die Ansprüche des Industrievertreters an die Energiewendepolitik auch geworden sein mochten: Die Enttäuschung folgte prompt. Zu Wochenbeginn verkündete die Bundesregierung die Kürzung der Fördersätze für Energieberatung von bisher 80 auf 50 Prozent.

Begründung: Es sei kein Geld mehr da. Inkraft trete die Förderkürzung kurzfristig, bereits übermorgen, also Mittwoch, teilte das Haus von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Montag mit.

Immobilienbranche und Energieberater reagierten wie vor den Kopf gestoßen: „Eine transparente, planbare Kommunikation mit den fachlichen Akteuren kommt mal wieder zu kurz“, kritisierte der „Bundesverband Gebäudeenergieberater Ingenieure Handwerker“ (GIH).

Klimaziele rücken in weite Ferne

Der plötzliche Förderstopp lasse die Klimaziele im Gebäudesektor in weite Ferne rücken. Wenn schon gekürzt werden müsse, so GIH-Chef Bolln, dann bitte „schrittweise“ und „nicht in einer Nacht-und-Nebel-Aktion“.

Die Energieberater hatten darauf vertraut, dass die Bundesregierung der sogenannten Wärmewende besondere Priorität einräumt, weil gerade der Immobiliensektor seinen Klimazielen weit hinterherhinkt. Bei einer dringend nötigen

Verdreifachung der Sanierungsquote von aktuell gerade einmal 0,7 Prozent schien es naheliegend, dass der Bund die Energieberatung entsprechend hoch fördert.

80.000 Förderanträge im ersten Halbjahr bewiesen auch eine hohe Nachfrage und zugleich das große Potenzial im Gebäudesektor. Doch mit der Förderkürzung lässt der Bund urplötzlich wieder die Luft aus dem Sektor.

„Die ständigen Ad-hoc-Handlungen seitens der Behörden schüren weiterhin starke Verunsicherungen“, schimpft der GIH-Bundesvorsitzende Stefan Bolln: „Sowohl Energieberatende als auch Verbraucher und Verbraucherinnen können nicht planen, mit welcher Förderung sie bis Ende des Jahres rechnen können.“

Verunsicherung und Verärgerung sei „überall spürbar“, sagt Bolln: „Bei uns Laufen die Drähte heiß.“ „Es ist schon bemerkenswert, dass Bundeswirtschaftsminister Habeck die nötigen und eingeplanten Förderungen für die große Transformation fast schon regelmäßig unabgestimmt und überraschend streichen muss“, pflichtet Dirk Salewski, Präsident des Bundesverbandes freier Wohnungsunternehmen (BFW) bei.

Verlässlichkeit und Planungssicherheit seien schließlich das A und O in der Wirtschaft. „Dieses inkonsistente Handeln hemmt die Investitionsbereitschaft“, schimpft Salewski: „Das ist überhaupt nicht medaillenverdächtig, das ist nur eine weitere Enttäuschung.“ Der Ärger ist jedes Mal neu, doch eigentlich hat sich in der Förderpraxis des Bundes längst ein bekanntes Muster herausgebildet: Stop-and-Go.

Erst werden in der Energie- und Wärmewende extreme, weltweit einmalig hohe Ambitionen verkündet, dann die dafür nötigen Milliarden-Beihilfen gegen Bedenken europäischer Wettbewerbshüter durchgesetzt – und schließlich plötzlich wieder abgeblasen, weil man merkt, dass das Geld nicht reicht.

Stopp der KfW-Förderung für klimafreundlichen Neubau

So hatte die Bundesregierung etwa Ende vergangenen Jahres praktisch über Nacht einen Förderstopp für den klimafreundlichen Neubau verkündet. Hausbauer, die das Geld des Bundes fest eingeplant hatten, standen vor dem Nichts.

Die Förderbank KfW hatte damals Zuschüsse und verbilligte Darlehen über 7,5 Milliarden Euro zugesagt. Bereits nach drei Monaten war der Fördertopf so leer, dass er um zwei Milliarden aufgestockt werden musste. Dann zog Bauministerin Klara Geywitz die Reißleine.

Ein „Schlag ins Gesicht der Unternehmen und privaten Bauherren“, kritisierte damals der baupolitische Sprecher der Union im Bundestag, Jan-Marco Luczak im Handwerksblatt. Der „Run“ auf die Fördertöpfe sei ein Beleg für „die massive Verunsicherung im Markt, wie die zukünftige Forderung ausgestaltet sein wird.“

Der Oppositionspolitiker hat einen Punkt: In der Vergangenheit haben Fördertöpfe selten zu einem selbsttragenden Markt geführt, sondern lediglich Torschlusspanik bei Verbrauchern ausgelöst. Wenn Geld ausgelobt wird, beginnt sofort ein Windhundrennen um die knappen Mittel. Nur der schnellste Antragsteller bekommt Geld, der Rest guckt in die Röhre. Anschließend warten die Verbraucher auf das nächste Förder-Programm.

Die Heizungsindustrie kann ein Lied davon singen. Sie hatte gerade erst aufgrund staatlicher Förderversprechen mit Milliardenaufwand Fabriken für Wärmepumpen auf die grüne Wiese gesetzt. Jetzt müssen sie tausende Stellen abbauen oder Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken. Denn die steuerfinanzierten Strohfeuer lassen Märkte ebenso schnell überhitzen wie abkühlen: Eine verlässliche Planung industrieller Kapazitäten wird so unmöglich.

Wissings Fördertopf für E-Autos und Solaranlagen war nach einem Tag aufgebraucht

Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln: Das Motto für die erratische Stop-and-Go-Politik trifft nicht nur auf die Förderpolitik von Wirtschaftsminister Habeck zu. Auch Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) machte im vergangenen Jahr einfach mal schnell einen Fördertopf auf.

Das „Klimaschutzgesetz“ (KSG) hatte ihn schließlich zu irgendwelchen „Sofortmaßnahmen“ im Verkehrssektor verpflichtet. Rund 33.000 eher wohlhabende Bundesbürger konnte sich deshalb die Kombination von Solardach und E-Auto-Ladestation mit bis zu 10.200 Euro vom Staat fördern lassen.

Die ersten 300 Millionen Euro Steuergeld des KfW-Programms waren am Tag eins des Förderprogramms vergriffen. Den Kollaps der E-Auto-Nachfrage im ersten Halbjahr 2024 konnte das Strohfeuer nicht verhindern.

Hausbauer und -Sanierer sind vom Auf und Ab jedoch am häufigsten betroffen. Bereits im Januar 2022 hatte die Bundesregierung verkündet, es könnten ab sofort keine neuen Anträge mehr für KfW-Fördermittel gestellt werden. Beihilfen zur energetischen Sanierung, insbesondere das Programm „Effizienzhaus 55“ wurden über Nacht beendet. Die Bau- und Immobilienbranche kostete das viele Milliarden Euro, tausende Projekte wurden gestoppt.

Das neue Förder-Programm „Effizienzhaus 40“ entfachte kurz darauf neue Hoffnung. Doch kaum verkündet am 1. April 2022, war die Milliarde aus dem Fördertopf bereits nach nur einer Stunde vergriffen.

So ging es immer weiter. Am 27. Juli 2022 verkündete die Bundesregierung die sofort wirksame Reform der „Bundesförderung für effiziente Gebäude“ (BEG). Doch schon am Folgetag änderte sich die Förderung der Effizienzhaus-Sanierung.

Zwei Wochen später wurde die Förderung von Einzelmaßnahmen „angepasst“: Die Fördersätze sanken für alle Maßnahmen, die Förderung für Gasheizungen wurde gestrichen, ein Austauschbonus für Gasheizungen eingeführt. Nach dem Stakkato von Fördermilliarden und deren Streichung liegt der Heizungsmarkt inzwischen völlig am Boden.

Habecks Ministerium: Kurzfristige Anpassungen sind alternativlos

Im Wirtschaftsministerium heißt es, es gebe keine Alternative zur kurzfristigen Kürzung der Förderung. „Die Alternative einer längeren Ankündigungsfrist hätte schnell nur begrenzt kalkulierbare Mehrkosten generiert“, teilte eine Sprecherin mit.

So würden gleiche Rahmenbedingungen für alle gelten, man habe die Änderungen offen kommuniziert. „Leider kommen solche Entscheidungen mit nur einem kleinen Vorlauf“, so die Sprecherin. „Das ist nicht anders möglich, damit die Mittel durch einen Run nicht zu schnell ausgeschöpft sind und damit keine Förderung mehr anbieten zu können.“

Es sei aber „klares Ziel“, die Förderung der Energieberatung beizubehalten, so die Habeck-Sprecherin weiter: Man habe die Gesamtsumme der Förderung nicht gekürzt, „aber angesichts der sehr hohen Nachfrage müssen wir handeln“, so die Habeck-Sprecherin.

„So können wir die Programme auf einem guten Niveau weiterführen und damit möglichst vielen interessierten Bürgerinnen und Bürgern eine geförderte Energieberatung ermöglichen.“